

Stadtratsbeschluss

27. Sitzung des Stadtrates Pirna

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, das Modell eines Bürgerrats, verbunden mit einer konkreten Fragestellung, in Pirna modellhaft auszuprobieren.

Dazu wird die Stadtverwaltung mit dem Sächsischen Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung (SMJusDEG) kooperieren, um die konzeptionellen Grundlagen zu erarbeiten.

Durch die Stadtverwaltung werden der grundsätzliche Auswahlprozess und eine konkrete Fragestellung transparent gemacht.

Die Stadtverwaltung stellt zudem in Zusammenarbeit mit dem SMJusDEG eine Auswertung des Modellvorhabens „Bürgerrat“ sicher und diskutiert dies mit den politischen Gremien.

Beschluss-Nr. ANT-21/0129-01.0

Beschlussvorschlag vom 14.10.2021:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, das Modell eines Bürgerrats, verbunden mit einer konkreten Fragestellung, in Pirna modellhaft auszuprobieren.

Dazu werden durch die Stadtverwaltung der grundsätzliche Auswahlprozess und eine konkrete Fragestellung transparent gemacht.

Die Stadtverwaltung stellt zudem eine Auswertung des Modellvorhabens „Bürgerrat“ sicher und diskutiert dies mit den politischen Gremien.

Begründung:

Die Stadt Pirna verfügt über eine gut funktionierende Verwaltung. Im Stadtrat treffen die gewählten Stadträtinnen und Stadträte Entscheidungen zur Gestaltung des Gemeinwesens. Einige der zu entscheidenden Fragen sind komplex und entziehen sich einfachen Antworten.

Entscheidungsprozesse sind dann meist langwierig und kontrovers sowie im Ergebnis für die Bürgerinnen und Bürger schwer nachvollziehbar. Nicht selten wird diesen Entscheidungen und den Entscheidern dann mit Skepsis, Ablehnung oder aggressivem Verhalten begegnet. Hier kann Bürgerbeteiligung ein Instrument sein, um die Menschen am Prozess einer Entscheidungsfindung zu beteiligen, ihnen eine Mitsprache- und Mitmachmöglichkeit zu geben und somit dem Gefühl entgegenwirken, das „alles über ihre Köpfe hinweg entschieden wird“.

Ein solche Möglichkeit der Beteiligung ist mit einem Bürgerrat möglich. Bürgerräte sind eine Form beratender Bürgerbeteiligung, bei der sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer lösungsorientiert zu kontroversen Fragen äußern. Der Bürgerrat ist keine Konkurrenz zum gewählten Stadtrat, sondern dient der Vorbereitung substanzieller Ratsentscheidungen. Er wird durch ein Losverfahren zusammengesetzt und tagt über eine vorab bestimmte Zeit zur Beantwortung einer konkreten, vom Stadtrat vorgelegten Frage. Somit wirkt der Bürgerrat in zwei Richtungen: zur allgemeinen Willensbildung der Bevölkerung und der Beratung gewählter, politischer Entscheidungsträger.

Organisation:

Die Zusammenstellung des Bürgerrats erfolgt durch ein Losverfahren per Zufallsalgorithmus auf Grundlage des Melderegisters. Unter den Pirnaer Einwohnerinnen und Einwohnern im Alter von 16 - 90 Jahren werden 1.000 Personen durch die Stadtverwaltung ausgelost und zur Mitwirkung in einem befristeten Bürgerrat angefragt. Mit der Rückmeldung werden die generelle Bereitschaft zur Mitarbeit sowie weitere soziodemografischer Daten wie z.B. Alter, Geschlecht, Bildungsstand und Wohnort (Stadtteil) abgefragt, um einen repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung zu erhalten. Die Zusammenstellung des Bürgerrates wird organisiert und durchgeführt durch einen Beauftragten der Stadt Pirna in Zusammenarbeit mit einer unabhängigen Institution (z.B. VHS). Am Ende des Rückmelde- und Auswahlprozesses steht erfahrungsgemäß ein Bürgerrat mit ca. 25 bis 30 Mitgliedern.

Der Bürgerrat trifft konstituierend zusammen, klärt miteinander Anzahl, Art und Zeitpunkte von Treffen sowie ggf. notwendigen weiteren externen Sachverstand. Der Bürgerrat wird moderiert von einem neutralen, erfahrenen und ausgebildeten Moderationsteam, dass die Arbeitsform erklärt, Diskussionen in Kleingruppen und Plenum strukturiert und meinungsbildende Methoden bereithält.

Da der Stadtrat von Pirna den Bürgerrat mit der Beantwortung einer konkreten Fragestellung beauftragt, geht die Antwort wieder an den Stadtrat. Dieser nimmt sie zur Kenntnis und sollte sie idealerweise bei seiner Entscheidung berücksichtigen. Der Stadtrat muss zwar der vorgeschlagenen Lösung nicht folgen, aber der Stadtgesellschaft eine Begründung für die letztendlich getroffene Entscheidung vortragen.

Transparenz des gesamten Prozesses ist notwendig, um die Ergebnisse für Politik, die Verwaltung und die Bürgerschaft anschlussfähig zu machen. Deshalb wird der Prozess durch die Öffentlichkeit begleitet.

Begründung:

Die Stadtverwaltung hat im Oktober 2021 mit dem Sächsischen Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung (SMJusDEG), Referat für Bürgerbeteiligung, Online-Bürgerbeteiligungsformate, Kontakt zu dem Thema Bürgerrat aufgenommen und steht seither mit der Referatsleitung in Kontakt.

Die Stadt Pirna stellte eine Anfrage zu evtl. vorhandenen konzeptionellen Grundlagen (Definition, Richtlinien, Leitlinien), um das Konzept „Bürgerrat“ als Form der (nicht-formellen) Bürgerbeteiligung für sich erschließen und die Grundlagen ggf. adaptieren zu können.

Das SMJusDEG hat Anfang des Jahres 2022 wesentliche Entwicklungsschritte in Aussicht gestellt und bat darum diese abzuwarten, bevor die Verwaltung eigene konzeptionelle Planungen vorantreibt. Das Ministerium vereinbarte eine erneute Kontaktaufnahme Anfang kommenden Jahres, um über das weitere Vorgehen zu sprechen.

Die Verwaltung schlägt deshalb folgenden modifizierten Beschlussvorschlag vor:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, das Modell eines Bürgerrats, verbunden mit einer konkreten Fragestellung, in Pirna modellhaft auszuprobieren.